

SEBASTIAN FRANCK

Ideologie und Interesse in der Weltpolitik

Randbemerkungen zu Vietnam

I

Machiavelli fand, es wäre klüger, der wirklichen Sache nachzugehen, als der Vorstellung, die man von ihr hat¹). In den weltpolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart sind die unmittelbar Handelnden, aber auch die übrige Welt, nur allzusehr Gefangene ihrer Vorstellungen; Bemühungen, der wirklichen Sache nachzugehen, erhalten ungenügende Aufmerksamkeit.

Der Gründe für das Überwuchern dieser Vorstellungswelt, die wir Ideologie zu nennen pflegen, sind mehrere. Da ist einmal die Beziehung zwischen Politik und öffentlicher Meinung. Die Publizität, die Politiker den Gründen ihres Handelns geben, dient „der Manipulation *des* Publikums in gleicher Weise wie der Legitimation *vor* ihm“; heute wird, wie *Jürgen Habermas* in seiner Untersuchung über die öffentliche Meinung²) aufzeigt, überall eine allgemeine Meinungsübereinstimmung mit Hilfe meinungsformender Dienste angestrebt. Wesentlicher aber ist noch, daß das Denken überall unter dem Einfluß zweier sich entgegensetzender Ideologien steht, weil die Weltpolitik von Großstaaten bestimmt wird, von denen jeder beansprucht, das Prinzip der besten aller Welten zu verkörpern. Es hat so den Anschein, als ob allein der Gegensatz dieser Prinzipien die weltpolitische Auseinandersetzung beherrsche, ja ihre wahre Ursache sei, und als ob es um nichts anderes als um die Durchsetzung dieser Prinzipien im Weltmaßstab ginge.

1) Vom Fürsten, 15. Kapitel.

2) Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1965.

Es ist aber doch wohl erforderlich, Betrachtungen darüber anzustellen, was hinter den Vorzeichen steht, unter denen heute weltpolitische Gegensätze ausgetragen werden. Vor über 300 Jahren schrieb *Henri de Rohan*: „Die Fürsten kommandieren den Völkern und das Interesse kommandiert den Fürsten“³⁾. Es ist wohl heute nicht anders, nur daß „die Fürsten“ für ihre Kommandos Zustimmung und daher Rechtfertigung suchen, und dadurch das Erkennen „des Interesses“ erschweren.

Wer vom Interesse spricht, gilt vor dem großen Publikum als Zyniker; dieses zieht vor, daß die Stellungnahme, die von ihm verlangt wird, moralisch begründet werde. Die öffentliche Meinung wird daher überall dahin informiert, daß es sich in den weltpolitischen Auseinandersetzungen um Kämpfe zwischen Guten und Bösen, zwischen Gesetzeschützern und Gesetzesbrechern handle. Je mehr aber Führer und Geführte sich in diese Auffassung verwickeln, desto schwieriger werden nüchterne Urteile und Entschlüsse.

In den Vereinigten Staaten hat *George F. Kennan* in seinen Betrachtungen über die amerikanische Diplomatie der ersten Hälfte des Jahrhunderts⁴⁾ die Auffassung in den Mittelpunkt gestellt, daß die moralische und legalistische Konzeption der Außenpolitik für sein Land von Schaden gewesen sei; von Schaden nicht nur für das nationale Interesse sondern auch für die dieser moralischen Konzeption zugrunde liegende Idee. Es ist seltsam, schreibt er, daß diese Konzeption der Weltpolitik, die auf den Wunsch zurückgeht, Krieg und Gewalt auszuschalten, diese dauernder und schrecklicher macht und auch schädlicher für politische Stabilität ist als die Konzeption des nationalen Interesses: „Ein Krieg, der ausgefochten wird im Namen hoher moralischer Prinzipien, findet sein Ende kaum früher, als nicht irgendeine Art totaler Vorherrschaft erreicht ist.“ Kennan sieht die Quelle der Verwirrung in der Auffassung, daß moralische und ideologische Ziele durch militärische Mittel und überhaupt innerhalb einer bestimmten Zeit erreicht werden können.

Werden diese Gedankengänge auf die Situation in Vietnam übertragen, so wird es nicht schwer zu folgern, daß die blutigen Auseinandersetzungen nicht nur durch anti-kapitalistische und anti-kommunistische Ideologien *begründet*, sondern auch gleichzeitig *geschärft* und *ausweglos gemacht* werden.

Um aber in der Lage zu sein, der „wirklichen Sache“ hinter diesen Auseinandersetzungen nachzugehen, muß man sich möglichst in die Lage versetzen, von den geltend gemachten ideologischen Begründungen absehen zu können. Es ist deshalb von Interesse nachzulesen, wie die Beziehungen Amerikas zu China in der Sicht amerikanischer Geopolitik aussahen, bevor die Möglichkeit eines kommunistischen Regimes in China auch nur in Betracht gezogen werden konnte. Im Jahre 1942, d. h. mitten im zweiten Weltkrieg, erschien ein umfangreiches Werk über Amerikas Strategie in der Weltpolitik⁵⁾ von dem führenden Professor der Geopolitik, Nicholas John Spykman, in dem folgendes zu lesen war:

„Die Vereinigten Staaten sind an der Erhaltung des Machtgleichgewichtes im Fernen Osten vor allem zum Schutze ihrer Stellung als eine asiatische Macht interessiert gewesen. Aber selbst wenn wir uns von Asien zurückziehen und den Philippinen Unabhängigkeit gewähren, würden wir an den Machtbeziehungen in der transpazifischen Zone interessiert bleiben. Das asiatische Mittelmeergebiet ist vielleicht die wichtigste Quelle strategischen Rohmaterials für die Vereinigten Staaten, und seine Kontrolle durch eine einzige Macht würde die Basis unserer militärischen Macht gefährden.

Der Ferne Osten ist die letzte Region, die eine selbständige Machtzone geworden ist, und ist noch Europa und den Vereinigten Staaten als Quelle politischer Macht unterlegen. Die fortgeschrittene Technik wird jedoch früher oder später das der Region innewohnende Macht-Potential

3) De l'Interest des Princes et Etats de la Chrestiente, Paris 1638.

4) American Diplomacy 1900—1950, Chicago 1951.

5) America's Strategy in World Politics — The United States and the Balance of Power — New York 1942.

SEBASTIAN FRANCK

in wirkliche militärische Kraft verwandeln. Dann wird die Bewahrung des Gleichgewichtes nicht nur wegen unseres Interesses an strategischem Rohmaterial nötig, sondern auch auf Grund dessen, was ein Macht-Übergewicht in dieser Region für die übrige Welt bedeuten würde.

Das Ende des zweiten Weltkrieges wird im Fernen Osten eine Reihe von unabhängigen Einheiten finden: Rußland, China, und vielleicht Japan, Großbritannien, Holländisch-Ost-Indien, Australien und Neuseeland. Das Problem, aus diesen Einheiten eine ausbalancierte Machtstruktur zu bauen, die sich aus Staaten von ungefähr gleicher Stärke zusammensetzt, wird noch schwieriger sein als in Europa, und das schwierigste Problem der Nachkriegszeit wird nicht Japan sondern China darstellen . . .

Ein modernes, lebensfähiges und militarisiertes China mit 450 Mill. Einwohnern wird eine Drohung nicht nur für Japan, sondern auch für die westlichen Mächte im asiatischen Mittelmeerraum bilden. China wird eine Kontinentalmacht von ungeheurer Dimension sein und einen großen Abschnitt der Uferregion dieses Mittelmeeres kontrollieren. Seine geographische Lage wird der der Vereinigten Staaten in bezug auf das amerikanische Mittelmeer ähnlich sein. Wird China stark, so wird seine gegenwärtige wirtschaftliche Durchdringung dieser Region politische Färbung annehmen. Es ist durchaus möglich sich vorzustellen, daß der Tag kommt, an dem dieses Gewässer nicht von britischen, amerikanischen oder japanischen Flotten, sondern von der chinesischen Luftmacht kontrolliert wird.

. . . Eines Tages wird es notwendig werden, im Fernen Osten dieselbe Politik zu verfolgen, die wir in Europa verfolgt haben. Zweimal in einer Generation sind wir England zur Hilfe gekommen, damit diese kleine der Küste vorgelagerte Insel nicht einer einzigen gigantischen Militärmacht, die die gegenüberliegende Küste kontrolliert, gegenüberstehe. Wenn das Machtgleichgewicht im Fernen Osten in gleicher Weise erhalten werden soll, werden die Vereinigten Staaten eine ähnliche Schutzpolitik gegenüber Japan annehmen müssen.

Es wäre unlogisch zuzulassen, daß Japan ein chinesisches Reich von Wladiwostock bis Kanton hinnimmt, wenn wir England in seinen Kriegen zur Bewahrung eines Pufferstaates an der Nordseeküste unterstützt haben. Im Fernen Osten wie in Europa kann solcher Schutz nur durch Teilnahme in einem regionalen Staatenbund gewährt werden. Ein einseitiger Bündnisvertrag mit Japan wäre nicht klug. Nur wenn wir unsere Verpflichtung verallgemeinern und so Handlungsfreiheit bewahren, können wir unseren besten Interessen dienen und der Erhaltung von Ordnung und Frieden in Asien helfen."

II

Die Entwicklung ist in der von *Spykman* vorausgesehenen Bahn verlaufen. Der Kampf um das asiatische Mittelmeergebiet ist in vollem Gange. Die Vereinigten Staaten sind dabei, jenen von *Spykman* angeratenen regionalen Staatenbund zu formieren. China mit Vorstößen in Korea, Vietnam und Indonesien versucht seine Kontrolle auf die Küstengebiete auszudehnen und die Eindämmung durch einen amerikanisch kontrollierten Staatenbund zu verhindern.

Spykman konnte jedoch nicht die ideologische Verbrämung voraussehen, unter der der Interessenkonflikt ausgetragen werden würde, und die die Möglichkeit erschwert, eine Machtstruktur zu bilden, die die Gegensätze aus einer offenen Konfliktsituation herausführt. China, das sich zugleich in einer geo-politisch bedingten Abwehr- und Angriffslage gegenüber dem russischen Reich befindet, hat eine ultra-revolutionäre Ideologie entwickelt und hat gleichzeitig die Solidarität farbiger gegen weiße Völker auf seine Fahne geschrieben. Die revolutionäre wie die russische Parole begünstigen — zumindest im gegebenen Moment — seine außenpolitischen Interessen. Sie erlauben ihm, alle mit den Vereinigten Staaten sich verbündenden Regierungen durch Unterstützung der inneren Opposition zu bedrohen und gleichzeitig allen Völkern Asiens eine russische Einheitsfront anzubieten und damit seine machtpolitischen Interessen zu verschleiern.

Die Vereinigten Staaten haben sich in ihrer Politik der Abwehr kommunistischer Diktatur verschrieben, geraten aber dadurch wiederholt in Verlegenheit, weil sie ihre

IDEOLOGIE UND INTERESSE IN DER WELTPOLITIK

Unterstützung anti-kommunistischen aber leistungsunfähigen und unstabilen Regierungen gewähren, die dem eigentlichen Zweck der Allianz kaum dienen können. Andererseits bringt das beiderseitige Interesse an der Eindämmung der chinesischen Machtentfaltung Amerika in eine zunehmende politische Tuchfühlung mit dem kommunistischen Rußland, die besonders in der Unterstützung Indiens zutage getreten ist.

Nationale Interessen und Ideologien geraten nur zu leicht in Widerspruch zueinander, und selten kann eine Außenpolitik konsequent der verkündeten Ideologie folgen. Amerika, das die Abwehr des Kommunismus zum Grundsatz seiner Außenpolitik gemacht hat, hat seit langem dem kommunistischen Jugoslawien lebenserhaltende Hilfestellung geleistet. China, das den Anti-Kolonialismus eine Grundmaxime seiner Außenpolitik nennt, hat im Jahre 1965, für nicht weniger als 400 Millionen Dollar Waren nach Hongkong, der Kolonie vor seinen Toren, geliefert und dort ein eigenes Warenhaus gebaut, dessen hauptsächliche Kunden amerikanische Matrosen auf Urlaub aus Vietnam sind.

Trotz solchen Inkonsequenzen im ideologischen Bereich werden im akuten Stadium des südost-asiatischen Konfliktes die Ideologien auf längere Sicht eine beträchtliche Rolle spielen. China kann nur Nutzen daraus ziehen, daß sein machtpolitisches Interesse im Schatten seiner revolutionären Konzeption bleibt, zumal ihm dies erlaubt, seine eigenen Kräfte den Kampfhandlungen fernzuhalten. Die Regierung der Vereinigten Staaten ihrerseits ist weitgehend Gefangener der in Amerika vorherrschenden Vorstellungswelt. Daß die Entwicklung in Vietnam der sogar offen verkündeten Taktik Chinas, die Amerikaner in asiatische Landkriege zu verwickeln ⁶⁾, in die Hände spielen konnte, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die amerikanische Regierung sich nicht von ihrer Opposition angeklagt sehen möchte, einen weiteren Sieg des Bösen in der Welt zugelassen zu haben. Wobei hinzukommt, daß eine kommunistische Machtübernahme in Südvietnam obendrein schwache und unpopuläre Regierungen in der Nachbarschaft zu Fall bringen könnte. Für Amerika scheint sich jedenfalls die Auffassung *Kennans* zu bestätigen, daß bestimmte moralische und ideologische Ziele nicht durch militärische Mittel und überhaupt nicht in bestimmter Zeit erreicht werden können und daß Versuche, dies dennoch anzustreben, schlecht enden müssen.

Eine amerikanische Außenpolitik, die in der öffentlichen Meinung nicht Unterstützung für den Kampf gegen ein böses Prinzip, sondern für die Vertretung nüchternen nationalen Interesses suchen würde, wäre beweglicher und könnte auf längere Sicht spielen; eine Politik auf lange Sicht pflegt dem politischen Mittel den Vorrang über das militärische zu geben.

In demokratischen Staaten steht Politik auf lange Sicht allerdings stets unter dem Druck, Erfolge vor der nächsten Wahl aufzuweisen und Verbündete nach ideologischen Prinzipien auszuwählen. Für die amerikanische Politik in Asien ist dies ein Handikap. Eine Allianzpolitik, die die Schaffung einer dauerhaften Machtstruktur zum Ziel hat, muß andere Kriterien in den Vordergrund rücken. Der russisch-chinesische Gegensatz hat zu deutlich demonstriert, daß die Identität der ökonomischen und ideologischen Struktur national-staatliche Interessenkonflikte nicht ausschließt. Die kürzliche Entwicklung in Indonesien hat gezeigt, wie eine ideologisch bedingte Annäherung an China von einem Tag auf den anderen in einen von Interessen bedingten Gegensatz umschlagen kann. Im Spielfeld einer auf lange Sicht aufgebauten Außenpolitik sind solche Faktoren wichtiger als momentane Übereinstimmungen ideologischer Natur. Die von ideologischen Prinzipien angetriebene Sofortpolitik ist immer in Gefahr, im Bereich militärischer Katastrophenpolitik zu enden.

6) Vor allem in dem anläßlich des 20. Jahrestages des chinesischen Sieges über Japan von dem Verteidigungsminister Marschall Lin Piao veröffentlichten Artikel „Lange lebe der Sieg des Volkskrieges“.

SEBASTIAN FRANCK

Da aber die Interessen Chinas und Amerikas im asiatischen Mittelraum die gleichen bleiben, welches immer ihre ökonomische Struktur und die vorherrschende Ideologie seien möge, so liegt die Herstellung eines Machtgleichgewichtes letzten Endes im beiderseitigen Interesse. Eine langfristige Politik muß auf der Einsicht aufgebaut werden, daß es nicht möglich ist, der Tatsache der gemeinsamen Existenz zu entkommen. Da aber auch der Weltfriede solange bedroht bleiben wird, als die Voraussetzungen für eine solche gemeinsame Existenz nicht geschaffen sind, so müßte es offensichtlich das Ziel einer anzustrebenden Weltpolitik sein, solche Voraussetzungen herstellen zu helfen.